

In dieser Ausgabe:

2 Bildung und Kinderarmut. DIE LINKE setzte diese Themen in der BVV-Neukölln auf die Tagesordnung.

3 „Keine Rendite mit der Miete“. Zur Wohnungspolitik in Neukölln.

8 Privatisierungsdesaster bei der S-Bahn?



Foto: Doris Hammer

Der Bär war dabei, als die Unterschriften der 1. Stufe des Volksbegehrens Neue Energie für Berlin am 3. Juli an den Berliner Senat übergeben wurden.

36.089 sagen **Ja** zu Neuer Energie

Das Ergebnis, knapp doppelt so viele Unterschriften wie notwendig in nur vier Monaten, ist ein starkes Signal dafür, dass die Berlinerinnen und Berliner die Energienetze wieder in kommunale Hände und unter demokratischer Kontrolle zurückhaben wollen. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren aktiv, weil sie der Meinung ist: Nur so wird ein sozialer und ökologischer Umbau der Energieversorgung möglich.

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln



Foto: KDH

Protestkundgebung mit Abgeordneten der LINKEN vor der Abstimmung über den EU-Fiskalpakr im Bundestag. Unser Bild: Katja Kipping, Oskar Lafontaine, Christine Buchholz und Sahra Wagenknecht.

Bundestag und Bundesrat haben am 29. Juni mit einer Mehrheit aus CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen dem europäischen Fiskalpakr zugestimmt.

DIE LINKE lehnt den Fiskalpakr ab und klagt gegen ihn vor dem Verfassungsgericht. Nicht, weil DIE LINKE für die Verschuldung des Staates ist, sondern weil DIE LINKE keinen Sozialabbau will und die Schulden durch höhere Steuern für Reiche,

Banken und Konzerne abbauen will. Europa muss sozialer werden, deshalb fordert DIE LINKE einen Europäischen Sozialpakr, der Sozialabbau zur Finanzierung der Krisenlasten ausschließt, und auf Mindeststandards für Löhne, Renten und Sozialleistungen für alle Mitgliedsstaaten setzt. DIE LINKE ist strikt dagegen, dass das deutsche Parlament Entscheidungen an Gouverneure und Banker in Brüssel überträgt. Demokratischer heißt vor allem, dass die Völker

Europas darüber in Volksabstimmungen entscheiden müssen.

Hintergrundbeitrag von Michael Schlecht auf Seite 6: „Fiskalpakr = Hartz IV hoch drei“ und ein Bericht von Lucia Schnell über eine Diskussionsveranstaltung der Neuköllner LINKEN mit dem linken griechischen Aktivisten Niko Alexatos, Steffen Stierle von attac und Friederike Benda, linke.sds auf Seite 5.

DIE LINKE

sagt:

Nein!

Von Chancengleichheit weit entfernt

DIE LINKE setzte Bildung und Kinderarmut in der BVV auf die Tagesordnung

Das Thema Bildung zog sich wie ein roter Faden durch die Junisitzung der Neuköllner BVV.

Schon bei der Bürgerfragestunde betrafen drei Fragen die Karl-Weise-Grundschule. Es ging um die Sanierung der Aula, die Besetzung der Schulleiterstelle und der Begabungsförderung.

Bei der mündlichen Frage der LINKEN nach Bildungsgutscheinen vom Jobcenter Neukölln für eine berufsqualifizierende Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege berichtete der Sozialstadtrat, dass es zwar mehr Bildungsgutscheine gebe, diese würden aber vorwiegend für kürzere „Ausbildungen“ eingesetzt. Damit verzichtet das Jobcenter Neukölln darauf, Menschen nachhaltig zu einer beruflichen Perspektive zu verhelfen und einen positiven Beitrag zur Beseitigung des Pflegenotstands zu leisten. Bei der Großen Anfrage zur „Chancengleichen Beschulung“ zeigte sich, dass es in einer Reihe von Grundschulen zu hohem Unterrichtsausfall kommt. Leider konnte das Bezirksamt keine genauen Angaben machen, ob der Unterrichtsausfall an bestimmten Grundschulen in einem Zusammenhang mit dem Nichtbestehen des Probejahrs an den Gymnasien steht. Obwohl sich schon im ersten Halbjahr



Vignette: Franz Zauleck

bei mehr als 100 Schülern an Neuköllner Gymnasien abzeichnete, dass bei ihnen das Bestehen des Probejahrs gefährdet ist, wurde für sie vom Senat und Bezirk viel zu wenig unternommen. Die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, dass für diese Schüler eine besondere Förderung durchgeführt werden soll. Während in anderen Bezirken eine zusätzliche Förderung erfolgreich war und eine Reihe von Schülern dort das Probejahr doch noch erfolgreich absolvierten, mussten insgesamt 108 Neuköllner Schüler abgeschult werden.

Sehr kurzfristig wurde von der Schulstadträtin eine Vorlage zur Schließung eines Sonderpädagogischen Förderschwerpunkts vorgelegt.

In der letzten Sitzung der BVV vor den Ferien wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Pi-

raten, bei Enthaltung der Fraktionen der LINKEN und der Grünen beschlossen, die Kielhorn-Schule aufzugeben und einen Teil der Kinder an die Karlsgarten-Schule zu verweisen. Die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen ist ein wichtiges Ziel und DIE LINKE fordert eine Politik, die Inklusion vorantreibt. Aber Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Leider kann die Karlsgarten-Grundschule nicht – wie ursprünglich geplant – zur gebundenen Ganztagschule ausgebaut werden, weil die Räume der Kurt-Löwenstein-Oberschule nicht frei werden. In dem Gebäude an der Hasenheide werden als Außenstelle der Zuckmayer-Oberschule zwei „Rückläufer-Klassen“ für Schüler gebildet, die das Probejahr am Gymnasium nicht bestanden haben. Weiter ist in der ehemaligen Löwenstein-Oberschule eine Gruppe für Kinder aus Bulgarien und Rumänien mit besonderer Sprachförderung gebildet worden.

Kinderarmut in Neukölln

Die Fraktion DIE LINKE hatte nach der Kinderarmut in Neukölln gefragt und es kamen besorgniserregende Zahlen auf den Tisch. Über 23.000 Kinder in Neukölln beziehen Transferleistungen nach SGB II und Ähnliches. Das ist eine unerträglich hohe Zahl und zusätzlich kommen noch die

Kinder aus Familien mit geringen Einkommen aus prekären Arbeitsverhältnissen dazu. Das ist – im wahren Sinne des Wortes – ein Armutszeugnis. Auf die Frage nach dem von der Bundesregierung geplanten Betreuungsgeld antwortete das Bezirksamt, dass es das Betreuungsgeld für kein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Kinderarmut in Neukölln hält. Das geplante Betreuungsgeld setze die falschen Anreize und verhindere den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Das Thema „VHS im Einkaufszentrum“ wurde als zweite Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE behandelt. Die Parteien der Zählgemeinschaft halten das Kursangebot der Volkshochschule in Einkaufszentren für eine gute Sache und möchten das Angebot ausweiten. Dafür sollen zu den Betriebs- und Mietkosten im kommenden Jahr für Umbaumaßnahmen zusätzlich 100.000 Euro bereitgestellt werden. Aber in der gegenwärtigen Situation, in der die Finanzierung der berechtigten Honorarerhöhung der Lehrer an VHS und Musikschule noch nicht geklärt ist und sie möglicherweise durch Angebotsreduktion finanziert werden muss, hält DIE LINKE die Ausdehnung des Angebots der VHS auf Einkaufszentren für rausgeschmissene Steuergelder. RO

„Die Wiese ist unser!“

Während die Begehrlichkeiten nach Bebauung des Tempelhofer Feldes, zum Beispiel bei der Industrie- und Handelskammer, wachsen, sagen Anwohner mit ihrer Bürgerinitiative: „Die Wiese ist unser“.

Unter diesem Motto bereitet die BI 100% Tempelhofer Feld für Sonntag, 12. August, eine Demonstration und Kundgebung auf dem ehemaligen Flughafen vor.

Der Zuspruch zu den Forderungen der Bürgerinitiative wächst ge-

rade in dem Sommermonat. Täglich erholen sich Tausende auf der endlos scheinenden Wiese oder treiben Sport. Wie bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe bekannt wurde, stellt jetzt Stadtentwicklungssenator Müller das Prestige-

projekt „Internationale Gartenbauausstellung 2017“ zur Disposition und will es nach Marzahn an den Stadtrand verlegen. Für die Anwohner ein Ansporn mehr, den Kampf um das Tempelhofer Feld fortzusetzen, gegen jede Bebauung! KDH



„Tempelhof für alle, statt Luxusbebauung“ Gegen steigende Mieten und „Bezahlpark“...



... zogen Mieterinnen und Mieter am 20. Mai vom Herrfurthplatz zum Tempelhofer Feld, ...



... wenige Tage zuvor wurden dort kleine „Obstbäume gegen die Bebauung“ gepflanzt.



Foto: Doris Hammer

Protest angesichts der „19. Handelsblatt Jahrestagung Immobilienwirtschaft“ im Berliner Nobelhotel Ritz-Carlton. Am Transparent: Marlis Fuhrmann.

Keine Rendite mit der Miete!

In Nord-Neukölln sind die steigenden Mieten zum Angstthema geworden. Beim Neueinzug, wie durch eine unangemessene Bestandsmodernisierung, haben sie kritische Höhen erreicht. Berliner Mietergemeinschaft und Quartiersräte richten seitdem zusätzliche Mieterberatungen ein.

Der Senat hat diese Situation jahrelang ignoriert. Selbst nicht alle Studien bilden die tatsächliche Problemlage ab. Scheinbar würden nur einkommensschwache Mieter von etwas weniger prekären abgelöst. Der Soziologe André Holm hat dagegen in nur vier Jahren einen Rückgang der Wohnungen für Bedarfsgemeinschaften um 75 Prozent festgestellt; in Moabit, und er schätzt für Nord-Neukölln ähnliche Zahlen.

Die Gründe der Mietsteigerungen sind viele. Sie haben einen Ursprung in der mit den Namen Landowsky (CDU) und Riebschläger (SPD) verbundenen Baumafia, die in den 1970er Jahren überteuere Sozialwohnungen baute. Seitdem sind Berliner Sozialwohnungen teurer als Wohnungen auf dem freien Markt; die Differenz zahlt das Land Berlin. Mit ihrem Teilverkauf schwand die Möglichkeit sozialer Belegung. Die Privatisierung erscheint heute – selbst unter dem Druck der Haushaltskonsolidierung – als fataler Fehler. Der Abriss von Plattenbauten ebenso.

Zu Unrecht gilt Berlin unter den europäischen Großstädten noch als billig. Für Mieten und Einkom-

men gleichermaßen. Das treibt Immobilienspekulanten in die Stadt, die wie die „Deutsche Wohnen“ potenzielle Mietsteigerungen von 20 Prozent bei Neuvermietung anstreben. Und kollidiert mit sinkenden Einkommen und unzureichenden Transferleistungen (sowie dem Wunsch nach mehr Wohnraum pro Person).

Während Berlin Zuzüge verzeichnet, verlieren die Städte und Dörfer in Brandenburg ihre Einwohner wegen fehlender Arbeitsplätze. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist darüberhinaus Ursache für eine neue Migration innerhalb Europas. So kommen junge Leute aus Spanien, Holland und Griechenland nach Berlin, die sonst weder eine berufliche Zukunft sehen noch sich eine eigene Wohnung leisten können. Rumänische Sinti und Roma fliehen gar vor unmenschlichen Lebensbedingungen.

Fehlentwicklungen in Berlin haben gezeigt, dass eine umfassende Analyse (Bestand, Bedarf, Instrumente) die Grundlage für künftiges Handeln abgeben muss. Die Ziele – wie ein ausreichendes Wohnungsangebot mit sozialverträglichen Mieten – sind öffentlich mit Mieterorganisationen zu diskutieren und festzulegen. Aufgabe des Abgeordnetenhauses wäre es zu kontrollieren, dass entsprechende Handlungsanweisungen vom Senat auch an die Verwaltung weitergegeben werden. Sie sind in die Pläne zur Stadtentwicklung, Flächennutzung und Bebauung zu übernehmen. Dabei ist zu prüfen, wo Wohnungsbau möglich

wäre sowie der spekulativen Flächenverschwendung Einhalt zu gebieten. Weitere Einkaufszentren, Discounter, Büros, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser braucht weder die Stadt noch der Bezirk Neukölln.

Direkte Hebel sind der Liegenschaftsfond und die landeseigenen Wohnungsgesellschaften. Es laufen Verhandlungen für Bündnisse der Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene (Pankow, Friedrichshain/Kreuzberg). Auch Neukölln müsste gestaltend eingreifen und nicht den Neubau der DEGEWO und die Spekulation der „Deutschen Wohnen“ überlassen.

Der größte Berliner Immobilienbesitzer – der Liegenschaftsfond, der die Immobilien des Landes verwaltet (darunter Krankenhäuser, Kleingärten) – muss seinen Bestand öffentlich machen. Der Erhalt der Gebäude und Grünflächen soll Priorität haben. Statt Veräusserungen an den Meistbietenden nun Verpachtungen zur Schaffung preiswerten Wohnraums. Zugleich ist Einfluss auf ehemals landeseigene Gesellschaften und die Entwicklung von Liegenschaften zu nehmen, die niemals hätten verkauft werden dürfen.

Neuer Wohnraum läßt sich durch Aus- und Neubau schaffen. Dazu gehört die Umnutzung von ehemals öffentlichen Gebäuden wie dem alten Neuköllner Finanzamt gegenüber dem Estrell, dem Klinikkomplex am Mariendorfer Weg, der alten Post sowie den Textilkaufhäusern an der Karl-Marx-Straße. Ge-

gen ihren Leerstand ist vom Bezirk mittels Entwicklungsgebot Druck zu machen. Für Neubauten muss gelten, dass sie schnell und solide aber mit bescheidenem Standard entstehen. Im dicht besiedelten Neukölln gibt es allerdings kaum Flächen. Denn das Tempelhofer Feld soll als außergewöhnliche Grünfläche erhalten bleiben und auch die Laubkolonien nicht weiter als Bauvorratsflächen zur Disposition stehen.

Als nächster Schritt ist für eine Zusammenarbeit aller Protestgruppen zu werben, wie in Hamburg. Unabhängig davon ob sie radikal oder bürgerlich sind. Auch sollten wir die Möglichkeiten des Protestes auf allen Ebenen nutzen. So können die Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen Anliegen aufnehmen und weiterleiten. Indem sie Bürgeranfragen unterstützen, die von Anfragen und Anträgen der LINKEN flankiert werden.

Präsenz vor und in den Rathäusern ist immer hilfreich. Unter dem Motto „Keine Rendite mit der Miete“ muß es noch viele bezirksübergreifende Aktionen geben.

Marlis Fuhrmann

Projektgruppe Mieten

Bei der Neuköllner LINKEN hat sich anlässlich der Mieterdemo eine Projektgruppe Mieten gebildet. Sie setzt ihre Arbeit fort und trifft sich das nächste Mal am 7. August um 19 Uhr am Richardplatz 16. Interessierte sind herzlich willkommen.



„Solidarität kennt keine Grenzen!“ Das Transparent, das von Aktiven des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS auf dem Parteitag gestaltet wurde, trägt die Unterschriften vieler Delegierter.



Katja Kipping und Bernd Riexinger nach ihrer Wahl zu Parteivorsitzenden der LINKEN.

Fotos: DIE LINKE

Aufbruch für DIE LINKE

Parteitag wählt in den neuen Bundesvorstand auch zwei Neuköllnerinnen. Vorstand stellt Aktionsplan vor

Neustart für DIE LINKE! Die Delegierten des Bundesparteitags, der Anfang Juni 2012 in Göttingen stattfand, wählten zwei neue Gesichter an die Spitze: Die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping (34) aus Sachsen und den Gewerkschafter Bernd Riexinger (56) aus Baden-Württemberg.

Beide haben bereits vor zehn Jahren bei den ersten Protesten gegen die vom damaligen Kanzler Gerhard Schröder (SPD) initiierte Agenda 2010 IV zusammen gearbeitet.

Den beiden stellten die Parteitage delegierten ein ausgewogenes und überraschend junges Team aus politisch starken Frauen und

Männern aus Ost und West zur Seite. In den 44-köpfigen Parteivorstand gewählt wurden auch zwei Neuköllner Genossinnen, nämlich Judith Benda und Stefanie Graf, sowie mit Christine Buchholz, Harald Schindel und Katina Schubert drei ehemalige Mitglieder aus Neukölln.

Die Delegierten beschlossen zudem beinahe einstimmig einen Antrag, der die Aufgaben der nächsten Monate skizziert.

Der neu gewählte Parteivorstand verständigte sich auf ein 120-Tage-Programm, mit dem DIE LINKE wieder in die Offensive kommen will: Zentrale Themen der nächsten drei Monaten werden der Schutz vor prekärer Arbeit, der Kampf gegen den

Fiskalpakt sowie eine Offensive für das Öffentliche sein.

Unter dem Titel „Schutz vor prekärer Arbeit“ fasst DIE LINKE ihren Kampf gegen Sanktionen und Schikanen bei Hartz IV und für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro pro Stunde, gegen Leiharbeit und für gute Arbeitsbedingungen zusammen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet der „Kampf gegen den Fiskalpakt“. DIE LINKE stellt sich gegen die Macht der Banken und streitet für mehr Demokratie. Sie wehrt sich gegen Sozialkürzungen und kämpft für eine umfassende Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Dazu zählen eine Millionärsteuer, höhere Spitzensteuersätze

und höhere Steuern für Konzerne und Unternehmen.

Mit der „Offensive für das Öffentliche“ setzt DIE LINKE ihr Engagement gegen Privatisierung fort. Sie wirbt für öffentliches Eigentum in allen Bereichen, die für alle Menschen wichtig sind, etwa in der Bildung, bei Gesundheit, Rente, Wohnen. Sie engagiert sich für Mitarbeiterbeteiligungen in Unternehmen und für Genossenschaften anstelle von Privatbesitz in den Händen weniger.

Ruben Lehnert

Alle Informationen zum Parteitag gibt es unter www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/3partei-tag1tagung

Termine: DIE LINKE.Neukölln

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 19.7.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 2.8.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 16.8.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 30.8.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße/BO Süd

Mittwoch, 15.8.2012, 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29
Auf der Versammlung wird eine neue Koordination der Basisorganisation gewählt.

BO Rixdorf/BO Reuterkiez

Donnerstag, 12.7.2012, 19 Uhr

Thema: „Griechenland nach der Wahl“, mit Niko Alexatos.

Donnerstag, 26.7.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 9.8.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 23.8.2012, 19 Uhr

Versammlungen der Basisorganisation jeweils DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Hartz IV

Mittwoch, 11.7.2012, 17.30 Uhr

Jochem Visser: „Was können wir von der SP der Niederlande lernen?“

Mittwoch, 8.8.2012, 17.30 Uhr

Klaus-Peter Dauks: „Zeitarbeit und Arbeitslosigkeit“

jeweils DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 11.7.2012, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 25.7.2012, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 8.8.2012, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 22.8.2012, 14 bis 16 Uhr

(siehe auch Information auf Seite 8)

DIE LINKE, Richardplatz 16

PG Mieten

Dienstag, 7.8.2012, 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Politisches Sommerkino in Neukölln

Freitag, 31.8.2012, 19 Uhr

Film: „Babylon-System“

DIE LINKE, Richardplatz 16 (siehe S. 7)

BVV-Fraktion DIE LINKE

Fraktionssitzungen (öffentlich)

Montag, 13.8.2012, 17.30 Uhr,

Montag, 20.8.2012, 17.30 Uhr,

August-Sitzung der BVV

Mittwoch, 22.8.2012 um 17 Uhr,

Sitzungssaal des Rathauses.

Vormerken:

Die BI 100% Tempelhofer Feld wird für **Sonntag, 12.8.2012**, eine Demonstration und Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld anmelden. Motto: „Die Wiese ist unser“.

Weitere Termine im Internet:
www.die-linke-neukoelln.de

Solidarität mit Griechenland:

Nein zum Kürzungsdiktat und Fiskalpakt!

Mit dem linken griechischen Aktivistin Niko Alexatos, Steffen Stierle von attac und Friederike Benda, linke.sds, hatte DIE LINKE. Neukölln am 26. Juni eine lebhaftige Debatte über die Krise in Griechenland und den Fiskalpakt.

Die griechische Wirtschaft schrumpft um 10 Prozent. Niko berichtete, wie die griechischen Arbeiter, Angestellten und Rentner für die Krise zahlen. Kinder fallen in der Schule in Ohnmacht, weil sie nichts gegessen haben. Patienten bekommen ihre Medikamente nicht mehr. Nur die Linke baue Solidaritätsstrukturen auf. 500 Stahlarbeiter streiken seit November. Nur durch die große Solidarität, die sie erfahren, können sie solange kämpfen. Aufgrund der 17 Generalstreiks gegen die Kürzungen in den letzten zwei Jahren hat die linke Partei SYRIZA ein historisches Wahlergebnis von fast 27 Prozent errungen.

Gleichzeitig haben die Nazis bei den Wahlen erschreckende sieben Prozent bekommen. Niko erzählte, dass von ihnen in den letzten zwei Monaten 100 Migranten tödlich angegriffen wurden. Jede Nacht seien sie unterwegs und bekämen Unterstützung von der Polizei. Sie versuchen auch durch Essen und Kinderbetreuung die Menschen für ihre nationalistische Ideologie zu gewinnen. Aber die Menschen in Griechenland würden keine Diktatur zulassen. Die Dynamik gehe in die andere Richtung.

Niko rechne damit, dass die EU Griechenland aus dem Euro schmeißen werde. „Die Befreiung von den neoliberalen Fesseln der EU wird



Foto: Doris Hammer

Unter dem Motto „Die Rebellion der Versuchskaninchen in Griechenland sollte auch unsere Rebellion werden“ haben Real Democracy Now! (Berlin/Griechenland), das Berliner Krisenbündnis und attac Berlin am 13. Juni vor dem Kanzleramt gegen soziale Kürzungen in Europa demonstriert. Als Aktionsbild wurden griechische, spanische und portugiesische „Versuchskaninchen“ dargestellt, die von der Troika aus Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank in einem Käfig gehalten werden. Dem griechischen Kaninchen gelang jedoch im Verlauf der Aktion die Flucht aus dem Labor.

nicht einfach sein. Aber die griechische Bevölkerung hat bereits zwei Regierungen in den letzten Jahren gestürzt – trotz deren internationaler Unterstützung.“

In Deutschland und in Griechenland findet jeweils eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben statt, erklärte Steffen Stierle von attac anschaulich. Das wahre Ziel der EU sei es nicht, den Schuldendienst von Griechenland wiederherzustellen, sondern die Krise für Reformen zu nutzen, die sie sonst

nicht durchbekämen. Griechenland werde seine Schulden nicht bezahlen können. Der Sozialkollaps würde Europa weiter in die Krise führen – wie in den 1930er Jahren. Er rief auf, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben und wie in Lateinamerika mit massiven sozialen Bewegungen auf die Krise und die Programme Internationalen Währungsfonds (IWF) zu antworten.

Griechenland sei die Teststrecke für massiven Sozialabbau in ganz

Europa, erklärte Friederike Benda. „Der Fiskalpakt ist die neoliberale Fortführung der Agenda 2010.“ SPD und Grüne hätten sich für ein Butterbrot an die Regierung Merkel verkauft. Eine Teilnehmerin berichtete, von einer SPD-Veranstaltung zum Fiskalpakt, dass an der Berliner Basis kaum jemand für den Fiskalpakt sei. Friederike rief dazu auf, handlungsfähige Bündnisse gegen Sozialabbau, wie bei „Umfairteilen“ aufzubauen.

Lucia Schnell

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:
DIE LINKE. Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
 Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Fiskalpakt = Hartz IV hoch drei



Bundestagsabgeordnete der LINKEN kurz vor der Abstimmung vor dem Reichstagsgebäude.

Fotos: KDH

Elf Billionen Euro Schulden haben alle Staaten in der EU. In Deutschland liegt die Staatsschuld mittlerweile bei knapp 2,2 Billionen.

Die hohen Staatsschulden sind das Spiegelbild des Reichtums der Vermögenden. Denn sie sind zum größten Teil die Kreditgeber der Staaten. In der EU beträgt das Geldvermögen mehr als 13 Billionen!

Staatsschulden sind ein gutes Geschäft für Reiche, Vermögende und ihre Banken. Europaweit kasieren sie jedes Jahr 400 Milliarden Euro Zinsen; das ist mehr als der Bundeshaushalt. Der deutsche Fiskus muss trotz niedriger Zinssätze jedes Jahr 67 Milliarden Zinsen überweisen.

Diese Ausgaben für Zinsen stehen jedes Jahr von vornherein fest. Damit können sie nicht mehr für Erziehung und Bildung, für die Energiewende und vieles andere mehr ausgegeben werden. Deshalb ist der Abbau der hohen Staatsschulden, der hohen Zinszahlungen ein linkes Projekt!

DIE LINKE will Staatshaushalte sanieren mit mehr Einnahmen, mit

mehr Steuern von Reichen, Banken und Konzernen. Die elf Billionen Euro Schulden und die 400 Milliarden Zinszahlungen in Europa ließen sich mit einer einmaligen europaweiten Vermögensabgabe für Millionäre drastisch verringern.

Für Deutschland gilt: Würde das Steuerkonzept der LINKEN mit dem Herzstück der Millionärssteuer umgesetzt, würden 180 Milliarden Euro mehr eingenommen. 140 Milliarden sind notwendig für linke Reformpolitik, es blieben jährlich 40 Milliarden Euro für die Rückzahlung der Staatsschulden.

Von allen Regierungen der letzten Jahrzehnte wird Haushaltskonsolidierung mittels Ausgaben senkungen, also Sozialabbau betrieben. SPD und Grüne haben seit 2000 diese Politik noch verschärft mit Steuergeschenken von rund 400 Milliarden an Reiche. Die Kassen des Staates wurden so geleert und zusätzlicher Druck auf die Ausgaben, vor allem auf die Sozialausgaben gemacht. Das „Schlupfloch“ Staatsverschuldung wurde bereits 1993 mit der Vorgabe aus dem Maastricht-Vertrag verkleinert,

nach der die staatliche Neuverschuldung nur bei drei Prozent der Wirtschaftsleistung liegen darf.

Am 29. Juni 2012 wurde dieses „Schlupfloch“ Staatsverschuldung mit dem Fiskalpakt faktisch geschlossen. Die staatliche Neuverschuldung wird auf 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzt. Bestehende Staatsschulden von mehr als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung müssen jedes Jahr in Höhe von fünf Prozent abgebaut werden. Dies entspricht in Deutschland einem jährlichen Abbau um mehr als 25 Milliarden Euro. Für 2013 ist diese Kürzung bereits in den Haushalten der Länder und des Bundes eingeplant. Wenn sich das Wirtschaftswachstum gegenüber den bisherigen Annahmen jedoch halbiert, erzwingt der Fiskalpakt zusätzliche Kürzungen von 25 Milliarden Euro. Insgesamt würde dann der Sozialstaat um 50 Milliarden zusammengestrichen.

Mit dem Fiskalpakt wird eine scharf wirkende europaweite „Schuldenbremse“ im Grundgesetz festgeschrieben. Und zwar mit einer „Ewigkeitsgarantie“. In Zukunft kann keine andere Zweidrittelmehr-

heit im Bundestag die Regelung wieder streichen.

SPD und Grüne haben in ihrer Regierungszeit Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite mittels Sozialkürzungen wie der Einführung von Hartz IV selbst betrieben. Die Verschärfung mit dem Fiskalpakt liegt auf ihrer politischen Linie. Deshalb haben sie dieses Projekt von Anfang an unterstützt. Mit der Zusage der Finanztransaktionssteuer, die in dieser Legislaturperiode kaum realisiert werden dürfte und einem potemkinschen Wachstumspakt haben sie ein Feigenblatt, hinter dem sie versuchen sich zu verstecken.

DIE LINKE lehnt den Fiskalpakt ab und klagt gegen ihn vor dem Verfassungsgericht. Nicht, weil DIE LINKE für die Verschuldung des Staates ist. Sondern weil DIE LINKE keinen Sozialabbau will und die Schulden durch höhere Steuern für Reiche, Banken und Konzerne abbauen will.

*Michael Schlecht
ist Chefvolkswirt der
Bundestagsfraktion DIE LINKE*



Neuköllner LINKE bei der Kundgebung am 29. Juni gegen das EU-Kürzungsdiktat auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude.



Zur Kundgebung hatten aufgerufen: Naturfreunde (hier ihr Sprecher Uwe Hirsch), attac, Verdi-Berlin und weitere Organisationen.

„Gespaltene Linke hatten wir schon genug“

Fünf Jahre DIE LINKE: Gespräche über Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE

Am 16. Juni 2007 wurde im Neuköllner Hotel Estrel an der Sonnenallee die Partei DIE LINKE als Zusammenschluss von WASG und Linkspartei.PDS gegründet. Er veränderte die politische Landschaft in Deutschland. Jetzt legt der VSA-Verlag einen Band mit Gesprächen mit Gründern der WASG und Dokumenten der Wahlalternative vor.



Die Geschichte der PDS ist vergleichsweise gut dokumentiert. Aktuelle Debatten in der LINKEN nehmen vor allem darauf Bezug. Aber was ist das Erbe der WASG in der neuen Partei DIE LINKE? Wie „funktionierte“ die WASG? Wie war das Verhältnis von linker Sammlungsbewegung und Sozialstaatspartei? Ansätze für Antworten gibt das Buch.

Berliner Linke werden mit besonderem Interesse die Gespräche mit Christine Buchholz und Ralf Krämer lesen. Sie standen im Zentrum des schwierigen Parteibildungsprozesses in Berlin. Hier war die WASG in der Auseinandersetzung mit dem rot-roten Senat gegründet worden. Beide berichten, wie sie sich bei allen Debatten zwischen PDS und WASG für das bundesweite Projekt entschieden, denn „gespaltene Linke hatten wir schon genug“.

Klaus Ernst, Thomas Händel und Katja Zimmermann (Hrsg.): „Was war? Was bleibt?“ Hamburg 2012, 206 Seiten, 12,80 Euro.

Dokument aus der Gründungsphase der LINKEN: Gemeinsamer Wahlauftritt von WASG und Linkspartei.PDS in Neukölln

Wir nehmen die politische Herausforderung der vorgezogenen Bundestagswahlen an und rufen alle Neuköllnerinnen und Neuköllner auf, am 18. September die Demokratie zu stärken und eine starke linke Kraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Bundestag zu wählen. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Bundestagswahl 2005 mit beiden Stimmen die Linkspartei zu wählen.

Als Neuköllner Bezirksverbände der Linkspartei.PDS und der WASG werden wir gemeinsam einen engagierten Wahlkampf gegen unsoziale, neoliberale Politik führen. Wir werden dabei fair und solidarisch miteinander umgehen und damit ein Zeichen setzen, dass es trotz politischer Unterschiede im Detail möglich ist, gemeinsam für eine starke soziale Opposition im Bundestag zu streiten. ...

Wir sorgen dafür, dass die Wählerinnen und Wähler tatsächlich eine Wahl haben. Wir wollen eine starke Linke in diesem Land, die nicht nur auf den Parlamentsbänken, sondern breit in der Bevölkerung verankert ist. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit von Linkspartei.PDS und WASG über den Wahltag hinaus fortsetzen und rufen zur Mitarbeit auf.

Veröffentlicht in „Neu-Köllnisch“, Nr. 7/2005 (Auszug)

Politisches Sommerkino bei der Neuköllner LINKEN

Am 31. August wird mit dem Dokumentarfilm „Babylon-System“ die Sommerfilmreihe der Neuköllner LINKEN zu kontroversen Themen fortgesetzt.

Im Kino Babylon Mitte, dem senatsgeförderten Kommunalkino mit dem „Links“-Image, haben sich die Beschäftigten gemeinsam mit der FAU (Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union) organisiert. „Babylon System“ dokumentiert den

Kampf gegen außertarifliche prekäre Arbeit. Dabei stoßen nicht nur Belegschaft und Kinoleitung aneinander, sondern auch verschiedene gewerkschaftliche Strategien. Der Film blickt hinter die Kulissen des Arbeitskampfes und analysiert ein Paradebeispiel zunehmender Prekarisierung im Kulturbetrieb.

Beginn 19 Uhr, DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin. Der Eintritt ist frei.



Aktion vor dem Kino Babylon.

GelöbNIX, Atomwaffen, Antikriegstag

GelöbNIX 2012

Krieg beginnt hier. Widerstand kauch,“ heißt es im Aufruf von Antikriegsgruppen anlässlich des diesjährigen öffentlichen Gelöbnisses von Bundeswehrgoldaten am 20. Juli. Die Demonstration zum Bendler-Block am 20. Juli beginnt um 17 Uhr am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße. Sie protestiert dagegen, dass mit den öffentlichen Gelöbnissen, die bundesweit abgehalten werden, die Identifikation mit

dem Militär vorangetrieben werden soll. „Sie dienen der Legitimierung der deutschen Kriegspolitik. Die Bundeswehr soll ein selbstverständlicher und akzeptierter Teil des Alltags werden,“ erklärt der Aufruf. Dies zeige sich auch in vielen anderen Bereichen, in Form von Aufritten der Bundeswehr auf Messen, Ausstellungen und in Schulen sowie mittels großangelegter Werbekampagnen mit Plakaten, Anzeigen und auch im Internet.

Hiroshima und Nagasaki

Am 6. und 9. August 1945 setzte die US-Luftwaffe Atombomben gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki ein. Deshalb findet auch in diesem Jahr am 6. August um 17 Uhr an der Friedensglocke im Volkspark Friedrichshain eine Gedenkfeier für die Opfer des nuklearen Wahnsinns statt, verbunden mit der Forderung nach Ächtung und Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen.

Antikriegstag 2012

Geplant ist ein „Antikriegsmarkt“ am 1. September von 13 bis 17 Uhr am Potsdamer Platz. Es geht um die aktuellen Themen: Afghanistan, Syrien, Iran, Israel/Palästina, Libyen, Rüstungslobby in Berlin, Waffenexporte, Atomwaffenabzug, Bundeswehr an Schulen, Unis und Jobcentern, öffentliche Gelöbnisse und Zapfenstriche. Dazu wird es Gesprächsrunden und Informationen (von einer Bühne) geben.

Neu-Köllnisch

Juli/August 2012

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.500
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:
DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 3.7.2012
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 25.8.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Für Hilfen zur Erziehung fehlen bis Jahresende 4 Millionen

Wieder Millionenloch im Neuköllner Bezirkshaushalt

Auch 2012 muss der Bezirk Neukölln mehr Geld für „Hilfen zur Erziehung“ (HzE) ausgeben, als geplant. Es droht bis zum Jahresende eine Lücke von rund vier Millionen Euro.

Das wurde auf der Juni-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln (BVV) bekannt. Auf die konkrete Frage, wie viel Geld im Haushalt für die Pflichtaufgabe „Hilfe und Erziehung“ vorge-

sehen ist, nannte Jugend- und Gesundheitsstadtrat Falko Liecke (CDU) 45,2 Mio. Euro. Beim Fortschreiben würden bis zum Jahresende Ausgaben in Höhe von 49,2 Mio. Euro erwartet. Auf die Frage nach den konkreten Maßnahmen zur Einsparung dieser vier Millionen Euro im Bereich Jugend verweigerte Liecke die Auskunft.

Schon in den vergangenen Jahren musste hierfür mehr Geld aufgewen-

det werden, als vorgesehen. Deshalb wurden stets die Verträge der präventiv tätigen Träger in der Kinder- und Jugendarbeit gekündigt. Später konnten die Kündigungen wieder zurückgenommen werden.

Erneut zeigt sich, dass der Neuköllner Bezirkshaushalt unterfinanziert ist. In der Haushaltsberatung im Frühjahr hatte die Fraktion DIE LINKE dies kritisiert und den Bezirkshaushalt folgerichtig abgelehnt. **RO**



Solidarität mit dem syrischen Volk

„Die Menschenwürde ist unantastbar, auch in Syrien.“ Zu einer Solidaritätskundgebung mit dem nach Freiheit strebenden syrischen Volk versammelten sich am 23. Juni mehrere hundert Menschen auf dem Hermannplatz.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Die aktuellen Beratungstermine finden Sie auf der Seite 4 dieser Zeitung

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Privatisierungsdesaster bei der S-Bahn?

Droht nach den Wasserbetrieben zweites Privatisierungsdesaster bei der S-Bahn?

Der rot-schwarze Senat von Berlin hat am Dienstag, den 19. Juni, beschlossen, dass ein Teil des Berliner S-Bahn-Verkehrs ausgeschrieben werden soll. Nach den schlechten Erfahrungen, die die Berliner mit dem Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe machen mussten, ist diese Entscheidung mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar. Nach den ausgesprochen schlechten Erfahrungen mit der Bahnprivatisierung, wie beispielsweise in England, ist die Ausschreibung der S-Bahn nicht nur ökonomisch außerordentlich bedenklich, sondern auch für die Fahrgäste gefährlich. In England hatte es in Folge der Privatisierung mehrere schlimme Eisenbahnunglücke gegeben mit Toten und Verletz-

ten. Dabei interessiert es weder den Regierenden Bürgermeister Wowereit noch den ehemaligen SPD-Vorsitzenden und jetzigen Verkehrssenator Müller, dass zehn Tage vor dem Senatsbeschluss sich ihre eigene Partei auf einem Parteitag gegen eine Teilausschreibung ausgesprochen hatte.

Für die Ausschreibung ist der S-Bahn-Ring und die Strecke im Südosten in Richtung Grünau vorgesehen. Wenn 2018 der Vertrag mit der Bahn AG ausläuft, will der Berliner Senat ohne Not den Verkehr ausschreiben und voraussichtlich an Private vergeben. Nach der unsäglichen Geschichte mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe ist der Wowereit-Senat in keinster Weise lernfähig und nimmt bei dieser Ausschreibung und anschließende Vergabe der Strecke an ein privates Unterneh-

men die Zerschlagung der S-Bahn billigend in Kauf.

Was Unternehmensführung mit dem vordringlichen Ziel der Gewinnmaximierung in einem für die Berliner so wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie dem öffentlichen Personennahverkehr bewirkt, kann man am derzeitigen Berliner S-Bahn-Verkehr gut ablesen. Die bundeseigene Bahn AG führte die Berliner S-Bahn GmbH mit rein privatwirtschaftlichen Vorgaben vordringlich mit dem Ziel der höchstmöglichen Gewinnabführung an dem Besitzer. Die Erbringung einer zuverlässigen und sicheren Verkehrsdienstleistung für die Berliner und ihre Gäste ist dabei nur von nachrangigem Interesse der CDU/FDP-Bundesregierung. Dabei ist die wichtige Frage der Bestellung der dringend benötigten neuen S-Bahn-Wagen vom Senat noch nicht ge-

klärt worden, und hoffentlich stehen wir in Berlin nach 2017 nicht wieder ohne ausreichende Züge da.

Nach wie vor halten mit Ausnahme der LINKEN alle Parteien an der neoliberalen Politik fest und verschleudern das öffentliche Eigentum an den Meistbietenden. Ohne die mittel- und langfristigen Folgen der Privatisierung zu beachten, wird für das kurzzeitige Ziel der Haushaltssanierung alles was nur irgend geht, verscherbelt. Anscheinend mit der Absicht kritische Fragen zu vermeiden, wurde kurz vor den Parlamentsferien der Senatsbeschluss bekannt gegeben. Am besten für die Bevölkerung wäre die Vergabe der S-Bahn an die BVG oder die Schaffung eines landeseigenen Unternehmens, wo durch Wahlen oder Volksbegehren direkt Einfluss genommen werden könnte.

Thomas Licher